



PRESSEINFORMATION

Bremen, 14. April 2022

Innensenator Ulrich Mäurer stellt Polizeiliche Kriminalstatistik 2021 vor

Starker Anstieg der Fallzahlen in den Bereichen Kinderpornografie und Häusliche Gewalt / Zahl der Wohnungseinbrüche geht erneut zurück

Innensenator Ulrich Mäurer, Polizeipräsident Dirk Fasse, der Direktor der Ortspolizeibehörde Bremerhaven, Harry Götze, sowie die stellvertretende Leiterin des Landeskriminalamtes, Petra van Anken, haben heute die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2021 vorgestellt.

Die Zahl der bekannt gewordenen Straftaten im Land Bremen sank von 80.869 Fällen in 2020 auf 75.966 im vergangenen Jahr. Nachdem die **Aufklärungsquote** im Jahr 2020 mit 51,5 Prozent einen Höchstwert in 25 Jahren erlangt hatte, sank sie in 2021 wieder ab auf 48,9 Prozent.

„Auch im Jahr drei der Pandemie kann die Polizeiliche Kriminalstatistik nicht ohne die teils massiven Einflüsse auf die Kriminalitätsentwicklung betrachtet werden“, betonte Innensenator Ulrich Mäurer bei der heutigen Vorstellung der PKS im Bremer Rathaus. Der Anstieg von Cybercrime sei um 99,2 Prozent gestiegen. Ein nicht geringer Anteil davon sei jedoch durch die Abarbeitung von Rückständen im Bereich Warenkreditbetrug zu erklären. Weitere Anstiege seien bei der Häuslichen Gewalt, dem Missbrauch von Kindern (Stichwort „Cybergrooming“) oder der Zahl der Gewaltdelikte gegen Polizeibeamt:innen festzustellen. Die Pandemie habe jedoch auch positive Effekte auf die Fallzahlen in einigen Bereichen. So ging die Zahl vollendeter Einbrüche in Bremen mit 470 Fällen im Jahr 2021 um 171 Fälle (641 in 2020) zurück. Mäurer: „Einen Rückgang der Straftaten in dem äußerst sensiblen Bereich der eigenen **Wohnung** können wir in Bremen, wie auch bundesweit, schon seit 2015 feststellen. Dieser positive Trend wird aber durch die Pandemie erfreulicherweise noch einmal verstärkt, da viele Bürgerinnen und Bürger gezwungenermaßen häufig zu Hause waren.“ Auch sei erstmals erfreulicherweise die Zahl der Versuche (507) höher als die der vollendeten Einbrüche (470). Allerdings müsse man sich vor zu einfachen

Verantwortlich: Rose Gerdts-Schiffler, Pressesprecherin, Contrescarpe 22-24 28203 Bremen

Tel.: 0421/361-9002

E-Mail: Rose.Gerdts-Schiffler@inneres.bremen.de

Erklärungsmustern hüten. So läge die Zahl der Wohnungseinbrüche in Bremerhaven zwar im Vergleich zu 2015 bei weniger als die Hälfte, sei aber, anders als in Bremen, im vergangenen Jahr dennoch leicht angestiegen (s.a. Daten zu Bremerhaven auf Seite 8).

Als direkte Effekte der Pandemie wertete Mäurer in der Stadt Bremen zudem die erheblichen Rückgänge der Fallzahlen beim **Ladendiebstahl** (-28,2 %) oder bei der **Beförderungserschleichung** (-40,2 %) sowie dem **Diebstahl in und aus Pensionen, Gaststätten und Hotels** (-26,9 %).

Zudem läge die Annahme nahe, dass auch der zweite Anstieg in Folge im Deliktsfeld **Häusliche Gewalt** auf 2.339 Fälle (2020: 2.153 Fälle) mit den negativen Auswirkungen der Pandemie auf das Familienleben zusammenhänge. „Der Stresspegel, zumal, wenn die Wohnsituation beengt ist, ist in vielen Beziehungen und Familien im vergangenen Jahr enorm gestiegen: Kurzarbeit, drohende Arbeitslosigkeit, der Ausfall von Schulunterricht oder der Betreuung der Jüngsten in der Kita hat in manchen Familien zu einer angespannten, aggressiven Dauerstimmung geführt, die sich schließlich bei einigen in Gewaltausbrüchen ihren Weg bahnte“, betonte Mäurer. So nahmen die Fälle im sogenannten Hellfeld im Vergleich zum Vorjahr um 8,6 Prozent zu. Dabei waren bereits im ersten Jahr der Pandemie die angezeigten Fälle häuslicher Gewalt stark gestiegen. Mäurer: „Wenn wir davon ausgehen, dass viel Gewalt in Familien aus Angst oder Scham nie zur Anzeige kommt und somit das Dunkelfeld vermutlich sehr hoch ist, müssen uns die vorliegenden Zahlen betroffen machen. Umso wichtiger ist es, dass wir diesen Bereich immer im Blick behalten und dabei helfen, so schnell wie möglich und so viele Gewaltspiralen wie möglich im häuslichen Umfeld zu unterbrechen.“ Vor dem Hintergrund sei es umso wichtiger, dass die Polizeien und die Innenbehörde in den vergangenen Monaten sehr aktiv an der Umsetzung der Gesamtstrategie zur Umsetzung der Istanbul Konvention mitgearbeitet hätten, so Mäurer. Die Polizeien im Lande Bremen bauen zudem ihre Instrumente zur Gefährdungsanalyse und Gefahrenmanagement von Hochrisikofällen weiter aus. „Besonders wichtig ist uns zudem die Verbesserung der Schnittstellen zwischen den Behörden, Ämtern und Beratungsstellen, damit wichtige Informationen zum Schutz der Betroffenen intensiver gebündelt werden können.“

Bei einem weiteren Schwerpunktbereich – dem **Raub** – gibt es nach einer rückläufigen Entwicklung zwischen 2015 und 2020 erstmals wieder einen Anstieg (11,1 %). Gleichwohl befinden sich die Fallzahlen mit 710 Fällen immer noch auf dem zweitniedrigsten Stand seit zehn Jahren. Seit 2015 stieg zudem die Aufklärungsquote hier kontinuierlich von 35,5 Prozent auf 51 Prozent im vergangenen Jahr an.

Beim **Subventionsbetrug** im Zusammenhang mit ausgezahlten Soforthilfen, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzufedern, verzeichnet die Statistik in Bremen einen drastischen Rückgang von 101 Fällen in 2020 auf 26 Fälle in 2021. „Hier konnte durch konzertierte kriminalpolizeiliche Ermittlungen sowie durch verschärfte Sicherungsmaßnahmen bei den Förderbanken dem Betrug ein Riegel vorgeschoben werden“, zeigte sich Mäurer zufrieden.

Anders sieht es beim **Warenkreditbetrug** aus: Hier wurden 2021 5.964 Fälle bearbeitet, und damit noch einmal deutlich mehr als im Jahr zuvor (4.231 in 2020). Der 2020 begonnene Abbau der Bearbeitungsrückstände wurde fortgesetzt, so dass in diesem Deliktsfeld auch wieder eine Vielzahl an Fällen aus den Vorjahren in die PKS 2021 eingegangen ist.

Hinsichtlich **gefälschter Impfpässe und Testzertifikate** wurden 162 kriminalpolizeiliche Ermittlungen vorgenommen, in denen Pässe und Zertifikate gefälscht, vorgelegt oder ausgestellt wurden.

Bei der Verfolgung von **Betäubungsmittelkriminalität** sind die Fallzahlen von 5.255 (Konsumentendelikte) in 2020 auf 4.827 in 2021 zurückgegangen. Gleichzeitig konnten auch hier Bearbeitungsrückstände aus den Vorjahren weiter abgebaut werden. Die stellvertretende LKA-Leiterin, Petra van Anken, verwies auf die dadurch verstärkte, aber auch auf die grundsätzlich eingeschränkte Aussagekraft der Zahlen in diesem Deliktsfeld. In der Regel lägen keine Anzeigen von „Drogenopfern“ vor, so dass es sich hier um ein nahezu „reines Kontrolldelikt“ handele. Aufgrund des monatelang anhaltenden zweiten Lockdowns im vergangenen Jahr seien zudem weniger Menschen auf den Straßen gewesen, sodass sich auch an den üblichen Hotspots weniger Personen aufgehalten und Anlass zu Kontrollen gegeben hätten.

Herauszustellen seien in diesem Zusammenhang jedoch die klar bezifferbaren Erfolge der im August 2020 gegründeten „Besonderen Aufbauorganisation“ (BAO) zur Auswertung der gesicherten Daten des Kommunikationsanbieters „EncroChat“, wobei es überwiegend um Drogen- und Waffendelikte geht: Im Rahmen der Ermittlungen wurden in Bremen und Bremerhaven seit August 2020 60 U-Haftbefehle vollstreckt, ca. 80 kg Betäubungsmittel (darunter 31 kg Kokain, 50,6 kg Cannabis, 14 Liter synthetisches Canabinoid und 360 Ecstasy-Pillen), 8 Schusswaffen und 180 Schuss Munition, 85 Fahrzeuge, 1,4 Millionen Euro Bargeld beschlagnahmt und 41 Immobilien mit Sicherungshypotheken belegt. 55 erwirkte vorläufige Vermögensarreste ergaben eine Gesamtsumme von 28.316.783 Euro. Durch das Landgericht Bremen wurden gegen 20 Verurteilte Gesamtfreiheitsstrafen von 151 Jahren und 11 Monate verhängt. Zudem hat das Gericht Werteinziehungen in Höhe von insgesamt 14 Millionen Euro ausgesprochen, wovon 2,4 Millionen Euro bislang auch tatsächlich gesichert werden konnten.

Die Fallzahlen bei den **Tötungsdelikten** sind im Vergleich zum Vorjahr mit sieben vollendeten Taten und 32 Versuchen in der Stadt Bremen deutlich rückläufig. Die Aufklärungsquote liegt bei fast 95 Prozent und erreicht in diesem Deliktsfeld, so van Anken, einen zufriedenstellenden Wert, zumal alle vollendeten Tötungsdelikte aufgeklärt werden konnten.

Bei **Vergewaltigung und sexueller Nötigung** bewegen sich die Fallzahlen weiterhin auf einem gleichbleibend hohen Niveau. Positiv zu vermerken ist, dass die Aufklärungsquote mit 79,7 Prozent den höchsten Wert in den vergangenen zehn Jahren aufweist.

Im Bereich **des sexuellen Missbrauchs von Kindern** ist mit 132 (122 in 2020) angezeigten Fällen ein weiterer, besorgniserregender Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen. Dirk Fasse:

„Wir stellen bundesweit eine Zunahme des Anbahnens sexueller Kontakte von Erwachsenen zu Minderjährigen im Internet fest. Beim sogenannten **Cybergrooming** entlocken die Täter Kindern und Jugendlichen ihre Handynummern, um sie anschließend über die Messengerdienste sexuell zu belästigen oder sie zu Nacktaufnahmen von sich zu überreden, um diese anschließend digital zu verschicken. Das Perfide sei, dass die Täter dabei oft eine hochmanipulative Beziehung zu den Kindern aufbauten. Dabei bedienten sie sich einer Mischung aus Schmeicheleien, Nötigungen und Erpressung. Diese könnten schließlich auch zu heimlichen Treffen in der realen Welt führen. Aufgrund des Lockdowns seien Kinder und Jugendliche vermehrt im Internet „unterwegs“ und damit höheren Gefahren als in den Jahren zuvor ausgesetzt. Zudem seien sie aufgrund der vielen Zeit in ihrem häuslichen Umfeld auch dort verstärkt sexuellen Übergriffen ausgesetzt. „Die Zahlen steigen auch deshalb, da wir heute den Begriff sexueller Missbrauch zu Recht weiter fassen als früher. Gleichzeitig ist die Nutzungsintensität und -dauer sozialer Medien über mobile Endgeräte bei Kindern und Jugendlichen in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Auch wenn es, wie bei Cybergrooming, nicht zu einem direkten körperlichen Übergriff kommt, kann es das Leben des Kindes massiv negativ beeinflussen“, so Fasse. Der Polizeipräsident betonte, dass im vergangenen Jahr vermehrt Straftaten angezeigt wurden, die teils schon Jahre zurücklägen. Fasse: „Das zeigt, wie schwer viele Betroffene daran zu tragen haben. Aber zugleich ist es auch ein wichtiger Schritt, erlittenes Unrecht zu benennen und die Täter mit Unterstützung der Strafverfolgungsbehörden nicht davonkommen zu lassen.“

„Das Thema **Kinderpornografie** ist ein besonders erschütternder Bereich kriminalpolizeilicher Arbeit“, betonte Innensenator Mäurer. Die Fallzahlen seien aufgrund von Hinweisen der amerikanischen Organisation **NCMEC** (National Centre for Missing and Exploited Children) an das Bundeskriminalamt auch in Bremen geradezu explosionsartig angestiegen. So verzeichnet die PKS für 2021 375 Fälle im Vergleich zu 135 Fällen in 2020. Dabei werde das abscheuliche Bildmaterial nicht zuletzt auch über Chatgruppen von Kindern und Jugendlichen weiterverbreitet, warnte Mäurer. Die Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit dem sogenannten **Netzwerkdurchsetzungsgesetz**, das am 1. Februar 2022 in Kraft getreten ist, werden vermutlich zu einem weiteren erheblichen Anstieg der Fallzahlen führen. „Wir haben daher das zuständige Kommissariat personell mit fünf Vollzeitstellen im Nichtvollzug und drei im Vollzug verstärkt.“

Die Zahl der **Körperverletzungen** bleibt in Bremen weiterhin auf einem hohen Niveau. Im Polizeikommissariat Mitte ist dabei sogar ein Anstieg um 83 Prozent bei der gefährlichen Körperverletzung und um 15 Prozent bei der einfachen Körperverletzung festzustellen. Als Erklärung dürften mehrere Dinge gleichzeitig zum Tragen kommen: So führten die Auflagen bei der Corona-Eindämmung zur Schließung von Discotheken und Wochenendangeboten für junge Menschen. Diese trafen sich daher in den Sommermonaten vermehrt draußen und konsumierten dabei oft viel Alkohol und andere Betäubungsmittel mit all seinen Begleiterscheinungen.

Über den Anstieg der Zahl der sogenannten **Bedrohungen** von 1.096 (in 2020) auf 1.367 Fälle in 2021 zeigte sich Innensenator Mäurer wenig überrascht. „Die gestiegenen Fallzahlen stehen im engen Zusammenhang mit der Erweiterung des Tatbestandes im

Rahmen des Gesetzespaketes gegen Hass und Hetze vom April vergangenen Jahres. Die Zahlen zeigen, dass die neue Regelung greift und Betroffene nicht mehr allein dastehen.“

- **Zur Erläuterung:** Bislang war nach Paragraf 241 StGB nur die Bedrohung mit einem Verbrechen - wie z.B. die Morddrohung - strafbar. Jetzt werden auch Drohungen mit Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, die körperliche Unversehrtheit, die persönliche Freiheit oder gegen Sachen von bedeutendem Wert (wie die Drohung, ein Auto anzuzünden), die sich gegen die Betroffenen oder ihnen nahestehende Personen richten, mit bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe oder Geldstrafe strafbar. Wird die Tat im Internet oder auf andere Weise öffentlich begangen, drohen bis zu zwei Jahre Freiheitsstrafe. Der Strafrahmen für die Bedrohung mit einem Verbrechen wurde auf ebenfalls bis zu zwei Jahre Freiheitsstrafe angehoben, wenn diese nicht öffentlich erfolgt. Bei einer öffentlichen Drohung mit einem Verbrechen können bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe verhängt werden. Das gilt etwa für Mord- und Vergewaltigungsdrohungen im Internet.

Im Deliktsbereich **Gewalt gegen Polizeibeamte** ist mit 466 Fällen (432 in 2020) erneut ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr festzustellen. Die Verfahren beinhalten dabei auch Ermittlungen hinsichtlich des erweiterten Tatbestandes von **Bedrohungen**. Allein 30 der 466 registrierten Straftaten fallen darunter. Den größten Anteil in dieser Statistik machen die Tatbestände „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ (255 Fälle) und „tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen“ (160 Fälle) aus. Mäurer: „Jede dieser Taten muss uns empören. Die Beamtinnen und Beamten stehen für uns alle auf der Straße, um auch in brenzligen Situationen Recht und Ordnung durchzusetzen.“

Bei den sogenannten **SÄM-Delikten (Straftaten zum Nachteil älterer Menschen)** gehen die Fallzahlen seit Ende 2020 signifikant zurück (246 vollendete Taten in 2021 im Vergleich zu 273 Fällen im Jahr 2020). Die rückläufigen Fallzahlen lassen sich als Erfolg der aktiven Präventionsarbeit werten. Der wiederum dennoch hohe Anteil der Versuchstaten ist auf die Dominanz und hohe Frequenz sogenannter „Schockanrufe“ und dem Auftreten „falscher Polizeibeamter“ zurückzuführen. Beides wird von vielen Betroffenen jedoch rechtzeitig als betrügerische Masche erkannt und der Polizei gemeldet. Mäurer: „Die Entwicklung ist positiv. Dennoch darf man nicht unterschätzen, wie stark selbst vereitelte Taten das Sicherheitsgefühl älterer Menschen beeinträchtigen können, geschweige denn, wie sehr eine vollendete Tat das Leben der Betroffenen zum Negativen verändern kann.“ Neben dem Verlust von Ersparnissen, für die oft viele Jahre das Geld beiseitegelegt wurde, würden bei den Taten auch häufig ideelle Werte wie geerbte Schmuckstücke verloren gehen. Mäurer: „Die Täter setzen ohne Rücksicht gezielt auf die Angst und Verunsicherung ihrer Opfer. Das ist perfide. Wir werden daher nicht nachlassen und diese Delikte weiterhin als einen Schwerpunkt in unserer Arbeit fortführen.“

Bremerhaven

Die **Zahl der Straftaten** sank in Bremerhaven von 13.306 auf 12.355 Taten im vergangenen Jahr. Dabei stieg die Aufklärungsquote von 48,8 auf 50,0 Prozent.

Im Bereich **Mord und Totschlag** sank die Zahl der Fälle von zehn auf sechs Ermittlungsverfahren. Positiv zu vermerken ist, dass es in allen Fällen bei Versuchen blieb. Die Aufklärungsquote betrug 100 Prozent.

Ebenfalls positiv schlägt sich die Aufklärung mehrerer Serien bei den **Brandstiftungen** in den Fallzahlen nieder. Im Rahmen der Ermittlungen konnten von der Polizei drei Täter überführt werden, denen jeweils mehrere Taten zur Last gelegt wurden. Die Zahl der Brandstiftungen ging im Vergleich zum Vorjahr um 35,5 Prozent zurück oder in absoluten Zahlen von 31 auf 20 Ermittlungsverfahren.

Eine erfreuliche Entwicklung zeigte sich auch bei der **Straßenkriminalität**. In diesem Deliktsfeld gingen die Fallzahlen um 23,6 Prozent zurück (von 2.667 auf 2.038 Fälle).

Anders als in Bremen verzeichnet die Statistik in Bremerhaven auch bei der **Gewalt gegen Polizeibeamte** einen Rückgang um 14,2 Prozent (106 auf 91 Fälle).

Beim **Wohnungseinbruch** nahmen die Fallzahlen dagegen um 15,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu.

Mit 571 Fällen war, wie auch in der Stadt Bremen, ein Anstieg im Deliktsfeld **Häusliche Gewalt** um 84 Fälle festzustellen.

Ähnlich wie in Bremen stieg auch die Zahl der **Sexualdelikte** erheblich an, nämlich um 34,6 Prozent. Hauptauslöser dafür ist der Anstieg im Bereich der Kinderpornografie um 102 Prozent.

Anmerkungen zur PKS

Die PKS kann kein absolut exaktes Abbild der tatsächlichen Kriminalitätslage und Kriminalitätsentwicklung eines Jahres liefern, sondern eine je nach Deliktsart mehr oder weniger genaue Annäherung an die Realität.

Dies liegt unter anderem an dem je nach Deliktsart und -schwere unterschiedlich großen Dunkelfeld - jenen Straftaten also, die der Polizei erst gar nicht bekannt werden. Der Umfang dieses Dunkelfeldes kann sich unter dem Einfluss verschiedenster Faktoren im Laufe der Zeit ändern (z.B. aufgrund von Änderungen im Anzeigeverhalten der Bevölkerung oder in der Kontrollintensität der Polizei). Es kann daher nicht von einer feststehenden Relation zwischen begangenen und statistisch erfassten Straftaten ausgegangen werden. Weitere Einflussfaktoren können z.B. Änderungen des Strafrechts sein, wie zuletzt im Sexualstrafrecht mit der Einführung der sexuellen Belästigung, was zu einem deutlichen Anstieg im Bereich der Sexualstraftaten führte. Die Vergleichbarkeit zu früheren PKS-Veröffentlichungen wird dadurch erschwert.

Auch können polizeiliche Maßnahmen / Kriminalitätsbekämpfungskonzepte / Schwerpunktmaßnahmen / die Bildung von Sondergruppen Einfluss auf das Fallaufkommen in der PKS haben.

Soweit diese Einflussfaktoren jeweils relevant sind, werden sie bei der Vorstellung der jeweiligen Polizeilichen Kriminalstatistik erläutert

Zukünftig soll in Bremen der Bereich des Dunkelfeldes und die Qualität der polizeilichen Arbeit mittels der in diesem Jahr startenden Sicherheitsbefragung der Bevölkerung erhoben und die Ergebnisse, die in den Periodischen Sicherheitsbericht einfließen, bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik mitberücksichtigt werden.

Bei den PKS-Daten 2021 ist zudem zu berücksichtigen, dass aufgrund von angewachsenen Bearbeitungsrückständen die PKS-Fallzahlen in einigen Deliktsbereichen geringer ausfallen, weil Fälle bedingt durch Personalengpässe (u.a. Corona-Situation, hoher Personalaufwand im Zusammenhang mit den EncroChat-Ermittlungsverfahren) nicht endbearbeitet werden konnten. Da in diesem Jahr im Zuge des Projektes zum Abbau der Rückstände der Ermittlungsverfahren bei der Polizei zahlreiche Maßnahmen erfolgen, erwarten wir, dass sich in der PKS 2022 eine Steigerung der Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr zeigen wird, weil viele Delikte aus 2021 in die PKS 2022 einfließen werden.